

LIBYEN-KRIEG: ERNÜCHTERNDE BILANZ 100 TAGE NACH DEM BERLINER GIPFEL

Das Machtspiel geht unvermindert weiter

VON SIMON KREMER
UND MICHAEL FISCHER

Es war einer der größten Erfolge deutscher Diplomatie in den vergangenen Jahren. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Heiko Maas (SPD) brachten am 19. Januar in Berlin fast alle Staaten an einen Tisch, die den Libyen-Krieg mit Waffen und Kämpfern befeuern. Und sie brachten sie dazu zu versprechen, genau das nicht mehr zu tun. In einem Abschlussdokument verpflichteten sich Russland, die Türkei, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere, das seit fast neun Jahren bestehende Waffenembargo für Libyen einzuhalten und auf die Einmischung in den Konflikt zu verzichten.

Merkel und Maas wurden für den Erfolg gefeiert. Die Kanzlerin versuchte aber schon damals, die Euphorie bremsen. „Ich mache mir keine Illusionen, dass das natürlich noch eine schwierige Wegstrecke sein wird“, sagte sie. Es gehe lediglich darum, einen „neuen Impuls“ zu setzen.

Auf diesem Dienstag ist der Libyen-Gipfel 100 Tage her und die ernüchternde Bilanz lautet: Merkels „neuer Impuls“ ist verpufft. Aus der Hoffnung des Berliner Gipfels sind Frustration und Verbitterung geworden. Die Waf-

„Die Situation ist heute signifikant schlimmer als vor der Konferenz.“

Tarek Megerisi, Experte für Libyen

fenlieferungen wurden ebenso wenig eingedämmt – geschweige denn beendet – wie die Kämpfe in dem nordafrikanischen Wüstestaat. Selbst die Corona-Pandemie, nach deren Ausbruch sich der UN-Generalsekretär António Guterres einen weltweiten Waffenstillstand erhoffte, konnte den Krieg nicht stoppen.

„Wir dachten, dass mit der Corona-Pandemie die Konfliktparteien ein wenig den Fuß vom Gas nehmen würden“, sagt Stephanie Williams, die amtierende UN-Sondergesandte für Libyen. „Die Sache mit Libyen ist: Du denkst, dass du am Tiefpunkt angekommen bist, aber dann kommt ein neuer Tiefpunkt.“

So richtig ernst genommen wurde die Berliner Abschlusserklärung von Anfang an nicht – jedenfalls nicht von denen, die an dem Konflikt beteiligt sind. Nach einem BBC-Bericht legte nur fünf Tage nach dem Gipfel in der Türkei ein Frachtschiff mit Waffen an Bord ab und fuhr in Richtung Tripolis – begleitet von zwei türkischen Fregatten.

Drei Wochen später empörte sich UN-Generalsekretär Guterres in New York in einer Wutrede über die anhaltenden Verstöße gegen das Waffenembargo. „Ich bin zutiefst frustriert über das, was in Libyen passiert, und ich finde, es ist ein Skandal“, sagt er. Zwei-einhalb Wochen später schmiss auch der UN-Sondergesandte für Libyen, Ghassan Salamé, entnervt hin. Ähnlich ernüchternd



Ein Panzer der international anerkannten Regierung steht auf einer Straße in Tripolis. Die Kämpfe rund um die Hauptstadt hatten sich zuletzt wieder intensiviert.

FOTO: HAMZA TURKIA/DPA

wie das Waffenembargo sieht die Bilanz für die Kämpfe in Libyen aus. Die vereinbarte Waffenruhe existiert in der Praxis nicht: Die UN verzeichneten seit Januar mehr als 850 Verstöße. „Die Situation in Libyen ist heute signifikant schlimmer als vor der Konferenz“, sagt Tarek Megerisi vom Europäischen Zentrum für Internationale Beziehungen.

Längst kann in Libyen nicht mehr von einem Bürgerkrieg gesprochen werden. Der Konflikt hat sich zu einem Stellvertreterkrieg wie in Syrien oder im Jemen entwickelt, in dem außenstehende Mächte die treibenden Kräfte sind. „Wir kennen die regionalen Brandstifter, primär die Türkei und die Emirate“, sagt die UN-Sondergesandte Williams. Daneben seien inzwischen zahlreiche Söldner aus Russland, Syrien, dem Sudan oder Tschad in Libyen aktiv. Türkische Frachtschiffe laufen die Häfen in Misrata und Tripolis an, dazu kommen Hunderte Frachtfüge aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Türkei unterstützt die international weitgehend anerkannte Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch; Russland, Ägypten und die Vereinigten Arabi-

schen Emirate den mächtigen General Chalifa Haftar, der Sarradschs Regierung in Tripolis bekämpft.

Aber woran liegt es nun, dass die Berliner Beschlüsse nicht durchgesetzt werden konnten? Beobachter sehen hier vor allem fehlenden Willen bei den europäischen Staaten und den USA. „Die Eskalation würde ich als direkte Folge des Berliner Prozesses sehen“, sagt Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). „Berlin hat gezeigt, dass Europa und USA nicht bereit sind, Druck auszuüben und das Resultat ist, dass diese Staaten die Konfliktparteien weiterhin massiv unterstützt haben.“ Die EU und die USA seien nicht bereit, Spannungen in ihren Beziehungen mit den Emiraten und auch Ägypten in Kauf zu nehmen. Tarek Megerisi sieht die fehlende Einheit der Europäer als einen Hauptgrund an. Und auch die UN-Mission für Libyen hofft auf mehr Unterstützung.

Es ist aber auch nicht so, dass die Europäer untätig geblieben sind. Ihr großes Interesse an einer Stabilisierung Libyens ist unter anderem darin begründet, dass die wichtigsten

Flüchtlingsrouten von Afrika über das Mittelmeer nach Europa durch das Land laufen.

Zum 1. April startete die neue EU-Libyen-Mission „Irini“. Mit Schiffen, Flugzeugen und Satelliten soll das Waffenembargo überwacht und kontrolliert werden, die Bundeswehr beteiligt sich mit bis zu 300 Soldaten. Das große Manko: Auf dem Seeweg könnte das funktionieren, weil dort auch Schiffe kontrolliert und zurückgewiesen werden können. Auf den Waffenschmuggel auf dem Landweg oder aus der Luft hat die EU dagegen keinen Zugriff. Damit setzt sie sich dem Vorwurf aus, eine Partei in dem Bürgerkrieg zu begünstigen: General Haftar, der seine Waffen vor allem aus der Luft und auf dem Landweg aus Ägypten erhält.

Die EU hat aber auch noch andere Möglichkeiten, die Waffenlieferungen zu bremsen. „Naming and Shaming“ – beim Namen nennen und anprangern – ist eine davon. Die Bundesregierung und andere europäische Staaten verzichteten bisher auf öffentliche Kritik an den Waffenlieferanten. Mit den bei der EU-Mission gesammelten Informationen gibt es jetzt die Möglichkeit, ganz konkret Druck

auszuüben. Eine weitere Möglichkeit wären Sanktionen.

„Den Worten müssen endlich Taten folgen“, forderte Außenminister Heiko Maas vergangene Woche im Bundestag in der Debatte über die EU-Mission. Auch er zeigt sich inzwischen genervt von den Gesprächen mit den in den Konflikt involvierten Staaten, die auch nach dem Gipfel weitergeführt wurden. „Wenn man regelmäßig bei solchen Treffen dabei ist und Leuten gegenübersteht, die Verstöße gegen das Waffenembargo beklagen, aber man ganz genau weiß, dass sie diejenigen sind, die gegen das Waffenembargo verstossen, dann hat man irgendwann die Nase voll von all diesen Lippenbekennissen.“

Maas und die Bundesregierung wollen trotzdem noch nichts von einem Scheitern des Berliner Gipfels hören. Für den Libyen-Experten Wolfram Lacher haben sich dagegen Befürchtungen bestätigt, die er schon nach dem Gipfel im Januar hatte. „Ich hatte das nie für einen Erfolg gehalten“, sagt er. Es sei jetzt vor allem an Deutschland, den Faden der Konferenz wieder aufzunehmen und Druck auf die Beteiligten auszuüben.

Globale Militärausgaben auf dem Höchststand

von STEFFEN TRUMPF

Angeführt von der stärksten Militärmacht, den USA, haben die Länder der Erde im abgelaufenen Jahr fast zwei Billionen Dollar in ihre Verteidigungsapparate gesteckt. Weltweit wurden 2019 insgesamt schätzungsweise 1,917 Billionen Dollar (1,77 Billionen Euro) und damit 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr für das Militär ausgegeben, wie aus einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hervorgeht.

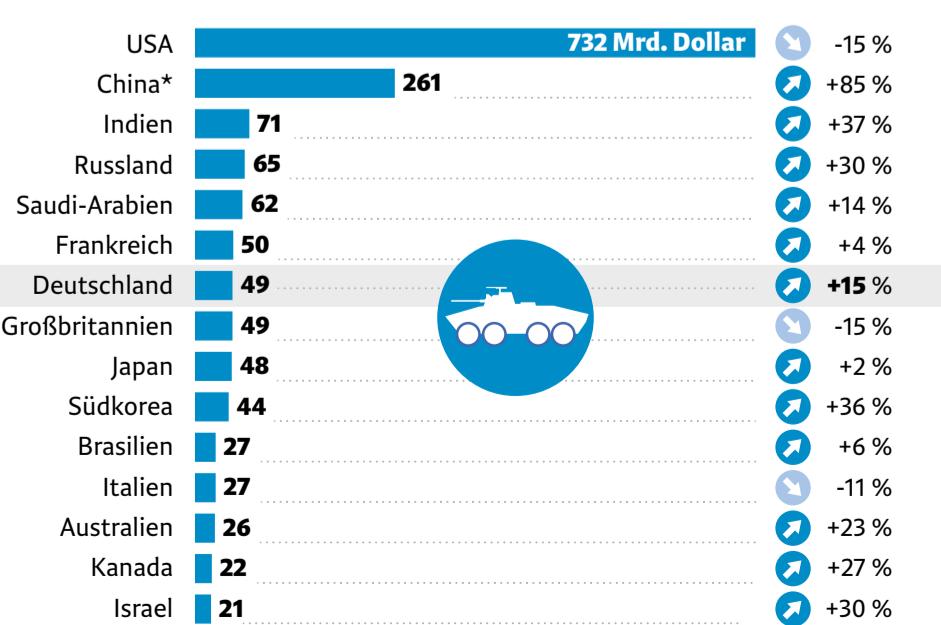
Das entsprach 2,2 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes und schätzungsweise 249 Dollar (230 Euro) pro Erdbürger. Gleichzeitig handelte es sich um den fünften jährlichen Anstieg in Folge und einen neuen Höchstwert seit Beginn vergleichbarer Sipri-Aufzeichnungen im Jahr 1988. Deutschland landete nach dem größten jährlichen Zuwachs unter allen Top-15-Staaten auf Platz sieben.

Die Friedensforscher gehen angesichts der Corona-Krise davon aus, dass damit vorerst ein Höchststand bei den weltweiten Militärausgaben erreicht ist. Der mit der Pandemie verknüpfte wirtschaftliche Abschwung werde einen großen Einfluss auf die Budgets der Regierungen und all ihre Ausgaben im Jahr 2020 haben, sagte der Sipri-Forscher Nan Tian. Die Länder müssten dabei unter anderem abwägen, ob sie ihre Mittel lieber ins Militär oder in Gesundheitswesen, Bildung oder Infrastruktur stecken wollten. „Covid-19 wird jedes einzelne Land betreffen, kein Zweifel“, sagte Tian. Dass eine weltweite Krise Auswirkungen auf die Militärausgaben habe, habe etwa die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 gezeigt.

nald Trump zu tun. „Die Entscheidung zu höheren Ausgaben wurde bereits unter der Obama-Regierung diskutiert, aber erst unter Trump wurde auf ein sehr teures Modernisierungsprojekt gedrängt“, sagte Tian. Besonders in den vergangenen beiden Jahren lasse sich eine starke Steigerung der US-Militärausgaben beobachten.

LÄNDER MIT DEN HÖCHSTEN MILITÄRAUSGABEN

im Jahr 2019 in Milliarden Dollar



* Schätzung

QUELLE: FRIEDENSFORSCHUNGSSINSTITUT SIPRI

Erstmals in der Geschichte nehmen hinter den USA mit China und Indien gleich zwei asiatische Länder Plätze unter den Top drei der Rangliste ein. „China hat seit Langem die Ambition, mit den USA als globale Supermacht zu konkurrieren“, sagte Tian. Indien sei China dagegen als direkte regionale Bedrohung im Ringen um Einfluss in Asien und Ozeanien und befindet sich zudem im Konflikt mit Pakistan.

Den größten prozentualen Zuwachs unter den Top-15-Staaten verzeichnete dagegen ein ganz anderes Land: Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die deutschen Militärausgaben laut Sipri um zehn Prozent auf 49,3 Milliarden Dollar. Angesichts des Drucks vonseiten der Nato und von US-Präsident Trump zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben überholte die Bundesrepublik somit Großbritannien und Japan und liegt nun im weltweiten Vergleich auf Rang sieben.

Das Nato-Ziel zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent verfehlt Deutschland damit weiter deutlich – ebenso wie mehrere andere Nato-Staaten. Sipri zufolge kam die Bundesrepublik auf 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, europaweit liegt dieser Wert durchschnittlich bei 1,7 Prozent.

Sipri fand für den jährlich erscheinenden Bericht diesmal relevante Daten aus 150 Ländern. Das Institut stützt sich in den Berichten traditionell nicht nur auf offizielle Regierungsangaben zum Verteidigungsbudget, sondern berücksichtigt auch weitere Quellen wie Statistiken von Zentralbanken und der Nato sowie Regierungsantworten auf Umfragen etwa der Vereinten Nationen.

Staaten verletzen Waffenembargo

Die UN-Unterstützungsmission für Libyen verzeichnet massive Verstöße gegen das Waffenembargo und sieht das nordafrikanische Kriegsgebiet inzwischen als „Experimentierfeld“ für neue Waffen. „Wir kennen die regionalen Brandstifter, primär die Türkei und die Emirate“, sagte die amtierende UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Stephanie Williams: „Jeden Tag sehen wir Waffen in das Land kommen.“ Trotz entsprechender Zusagen bei der Berliner Libyen-Konferenz Mitte Januar werde das geltende Waffenembargo von einigen Staaten unverhohlen verletzt.

Aus der Türkei kämen Schiffe nach Misrata und Tripolis, zudem gebe es Hunderte Frachtfüge aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Emirate stehen auf der Seite des Generals Chalifa Haftar, der seine Machtbasis in Ostlibyen hat und seit mehr als einem Jahr versucht, mit seinen Truppen die Hauptstadt Tripolis einzunehmen. Die dort agierende internationale Einheitsregierung wird von der Türkei mit Waffen unterstützt.

Libyen war im Jahr 2011 nach dem mit westlicher Hilfe erfolgten Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi ins Chaos gestürzt. In dem östlichen und bevölkerungsarmen Land kämpfen unzählige Konfliktparteien um Macht und Einfluss, oftmals auch mit ausländischer Unterstützung. Die Türkei hat sogar offiziell Soldaten entsandt und Tausende syrische Milizionäre nach Tripolis gebracht. Nach der Konferenz in Berlin waren die Kämpfe in Libyen noch einmal dramatisch eskaliert.

DPA